



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Resolution Nr. 4

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 175. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 30. November 2023

Nein zu Terror, Antisemitismus, Rassismus und Krieg!

Der am 07.10.2023 begonnene Terrorangriff der Hamas auf Israel und seine Bevölkerung hat in Israel über 1.200 Todesopfer und über 4.000 Verletzte gefordert. Die Geiselnahme von fast 240 Zivilistinnen und Zivilisten jeden Alters und Geschlechts und von Angehörigen der Sicherheitskräfte stellt dabei ebenso ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar, wie die grausame Ermordung von Bewohner:innen und Besucher:innen des überfallenen Territoriums. Für die von der Hamas begangenen Verbrechen gibt es keinerlei Entschuldigung und die Verantwortlichen sind dafür zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Terror der Hamas hat eine weitere Eskalation des Nahost-Konflikts eingeleitet, zu dessen Hauptleidtragenden nicht nur die Opfer des Terrors und die Zivilbevölkerung des Staates Israel, sondern auch die zivile Bevölkerung im Gaza-Streifen und den besetzten Gebieten gehört. Das Selbstverteidigungsrecht Israels steht im Angesicht des Ausmaßes und der Brutalität des Hamas-Terrors und einer auf die Ermordung möglichst vieler Jüdinnen und Juden gerichteten Strategie der Hamas völlig außer Zweifel. Auch im Angesicht des Terrors ist es aber unerlässlich, die Regeln des humanitären Völkerrechts zu beachten und alles zu unternehmen, um zivile Opfer im Gaza-Streifen zu verhindern. Israels Sicherheitskräfte sind gleichzeitig gefordert, die gewalttätigen und tödlichen Übergriffe rechtsextremer Siedler im Westjordanland unverzüglich und dauerhaft zu stoppen.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung arbeitet seit Jahrzehnten auf eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts auf Basis einer demokratischen und sozial gerechten Weiterentwicklung in der Region hin und ist schockiert über die durch den Hamas-Terror bewirkte Eskalation der Gewalt.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer stellt sich entschieden gegen jeden Versuch, Gewalt und Übergriffe nach Österreich zu tragen. Wir stehen solidarisch an der Seite aller jüdischen Österreicherinnen und Österreicher, deren Recht, ein Leben frei von Angst und Gewalt zu führen, von uns entschieden verteidigt wird. Das Unrecht, das Palästinenser:innen widerfährt, rechtfertigt niemals Antisemitismus, Gewalt oder die Verherrlichung oder Relativierung von Gewalt gegen Jüdinnen und Juden. Die Bundesarbeitskammer lehnt es gleichzeitig ab, alle Menschen arabischer Herkunft für die Gewalttaten der Terrororganisation Hamas verantwortlich zu machen. Der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus wird nur im gemeinsamen Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte für eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft erfolgreich sein.

Die Bundesarbeitskammer

- verurteilt die grausame Ermordung israelischer Bürger:innen und die fortgesetzte Terrorisierung der Zivilbevölkerung durch die Angriffe der Hamas und steht solidarisch an der Seite der israelischen Bevölkerung in ihrem Recht auf staatliche Selbstverteidigung sowie ein Leben in Sicherheit, Demokratie und Freiheit.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

- engagiert sich auch weiterhin für eine internationale Politik, die auf die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und eine dauerhafte Friedenslösung in der Region auf Basis von Gewaltverzicht, Demokratie, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung und eine Zwei-Staaten-Lösung setzt.
- Ist solidarisch mit allen Jüdinnen und Juden in Österreich, die Übergriffe erleben oder befürchten und deren Recht auf ein selbstbestimmtes Leben frei von Angst und Gewalt in einer demokratischen Gesellschaft ebenso von uns allen verteidigt werden muss, wie ein kollektives Verantwortlichmachen aller Menschen arabischer Herkunft für den Terror der Hamas abzulehnen ist. Wir fordern die Sicherheitsbehörden auf, diesbezüglich ihre Aktivitäten zu verstärken und setzen uns für eine Intensivierung der Bildungsarbeit zur breiten Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus ein.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich